

Fakultät

für Bildungswissenschaften

Institut

für Berufs- und Weiterbildung

Fachgebiet

Erwachsenenbildung/Politische Bildung

Prof. Dr. Helmut Bremer

Dipl. Päd. Felix Ludwig

(unter Mitarbeit von Greta Schanzmann)

Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes

„Jugend für Politik gewinnen“

Laufzeit 01.01.2015-31.08.2015

September 2015

Zusammenfassung



0 Zusammenfassung

Das Projekt „Jugend für Politik gewinnen“ startete i Schuljahr 2013/2014 und wurde im 2014/2015 fortgesetzt. Es wurden an drei verschiedenen Standorten von jeweils einer Schule und einer Institution der außerschulischen politischen Bildung gemeinsam Projekte mit einer Gruppe von Schüler_innen durchgeführt.

Im Verhältnis von Jugend und Politik wird oft das geringe politische Interesse Jugendlicher (häufig abgeleitet aus geringer Wahlbeteiligung und seltener Mitgliedschaft in Parteien) beklagt. Erklärt wird das häufig mit einer mehr oder weniger großen Distanz zwischen den Themen und Akteur_innen des politischen Feldes einerseits und der Lebenswelt junger Menschen andererseits. Dazu kommt noch, wie verschiedene Untersuchungen zeigen, dass sich das politische Interesse junger Menschen je nach Milieuzugehörigkeit vordergründig stark unterscheidet, sich jedoch auch bei benachteiligten Jugendlichen politische Haltungen und Vorstellungen finden lassen („unsichtbares Politikprogramm“, Calmbach u.a. 2012). Hier setzt das Projekt an, indem es einen Rahmen schafft, in dem sich junge Menschen mit selbstgewählten Themen beschäftigen und mit politischen Akteur_innen in Kontakt kommen können.

Die wissenschaftliche Begleitung der Universität Duisburg-Essen fokussierte ausgehend von diesen Annahmen mit quantitativen und qualitativen Methoden einerseits die Haltungen junger Menschen etwa zu verschiedenen politischen Partizipationsformen und dem möglichen Einfluss der Projekte darauf. Andererseits wurde auf die Begegnungen der Schüler_innen mit politischen Institutionen und Akteur_innen des politischen Feldes sowie auf die Sichtweisen von am Projekt beteiligten Politiker_innen geblickt. (Die Sichtweisen der Schüler_innen standen stärker im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Begleitung im Schuljahr 2013/2014).

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

1. Die Projekte haben wahrscheinlich einen deutlichen Effekt auf die Nähe junger Menschen zu verfassten und nicht-verfassten Formen der politischen Partizipation. Dies dürfte mit der Anlage des Projektes zusammenhängen, sich in einem günstigen pädagogisch begleiteten Rahmen mit selbst als wichtig erachteten Themen auseinandersetzen zu können.

2. Jugendliche aus eher niedrigen sozialen Positionen profitierten offenbar in besonderem Maße von dem Projekt und der bedürfnisgerechten Form von Ansprache, Durchführung und lebensweltlichen Anknüpfungspunkten.
3. Bei der Begegnung mit politischen Akteur_innen und Institutionen lassen sich neben Interesse auch Fremdheitserfahrungen und Distanzen beobachten. Diese machen eine intensive und langfristige pädagogische Begleitung und Ausgestaltung notwendig.
4. Die beteiligten Politiker_innen haben ein hohes Interesse am Kontakt mit jungen Menschen. Jedoch zeigen sich auch Distanzen zu den beteiligten Jugendlichen, beispielsweise was die familiäre politische Sozialisation oder das Herkunftsmilieu angeht. Diese Distanzen sind in der Regel nicht intendiert, gleichwohl aber wirksam.
5. Für das Erreichen nachhaltiger Effekte zur Verringerung der Distanz zwischen jungen Menschen und Politik erscheint zum einen eine authentische Öffnung der Politik für die Beteiligung Jugendlicher, zum anderen eine intensive und stetige Ausgestaltung des Kontaktes notwendig.

1 Zusammenfassung und Empfehlungen

In der Gesamtbetrachtung des Projektes ‚Jugend für Politik gewinnen‘ ergibt sich ein positives Gesamtbild. Es lassen sich Faktoren des Gelingens, aber auch Herausforderungen identifizieren, die für die Bearbeitung der Distanz zwischen Jugendlichen und Politik als bedeutungsvoll erscheinen.

- Es ist ein Effekt im Hinblick auf erhöhte Sensibilität und Bereitschaft zur Partizipation bei den Teilnehmenden festzustellen. Projektteilnehmende erscheinen in den Befragungen als deutlich sensibler für die Relevanz verfasster politischer Partizipationsformen. Auch ist die Bereitschaft, sich selbst aktiv an politischen Diskussions- und Willensbildungsprozessen zu beteiligen deutlich höher.
- Die Teilnahme am Projekt hat offenbar dazu beigetragen, bestimmte Formen der öffentlichen Meinungsäußerung einzuüben. Dies trägt möglicherweise dazu bei, das für die öffentliche Äußerung eigener Vorstellungen und Interessen nötige Selbstvertrauen zu erhöhen.
- Besonders deutlich sind diese Effekte bei den sozial niedrig positionierten Gesamtschüler_innen. In der Vergleichsgruppe ist die Distanz zum Politischen besonders deutlich ausgeprägt. Hier kann das Projekt eine kompensatorische Wirkung entfalten und insbesondere stark von Ausschlussmechanismen betroffenen jungen Menschen Möglichkeiten der politischen Partizipation aufzeigen. Desgleichen scheint das Projekt geeignet zu sein, an die Teilnahme am politischen Prozess heranzuführen und auch persönliche Haltungen in Richtung von Selbstwirksamkeitserwartungen zu verändern („Empowerment“).
- Die einzelnen Projekte konnten an bereits vorhandene artikulierte politische Interessen der Teilnehmenden anknüpfen. Dies war ein wichtiger Grund für die Teilnahme. Das bedeutet auch, dass es für die erfolgreiche Durchführung der Projekte von großer Bedeutung ist, sich weiterhin an den Interessen der Teilnehmenden zu orientieren und sie in die Gestaltung des Prozesses mit einzubeziehen. Für einer Weiterarbeit bedeutet dies aber auch, sich mit der

Ansprache von nicht explizit politisch interessierten Schüler_innen auseinander zu setzen, um Prozessen des Selbstausschlusses entgegen zu wirken.

- Die Teilnehmenden attestierten dem Projekt einen Beitrag zu höherem Wissen um politische Prozesse und schätzen insbesondere den Unterschied zum üblichen Unterricht. Diese Form der pädagogischen Interaktion hat wahrscheinlich großen Anteil an der ganz überwiegend positiven Einschätzung des Projektes.
- Die Begegnung mit Institutionen des politischen Feldes löste bei den Teilnehmenden einerseits zum Teil gestiegenes Interesse aus. Andererseits war das offenbar aber auch mit irritierenden Fremdheitserfahrungen verknüpft („Politik als Auswärtsspiel“). Hier bestätigt sich die „Entfremdungsthese“ von Jugend und Politik „im engeren Sinn“, die aus einer Trennung von „Professionellen“ und „jugendlichen Laien“ mit hervorgehen kann. Insgesamt liefert beides zusammen aber gute Anknüpfungspunkte für pädagogisches Handeln und weitergehende Lernprozesse. Besonders wichtig erscheint es, die Erfahrungen der Jugendlichen im weiteren Verlauf zum Gegenstand zu machen.
- Dazu kommt, dass die Teilnehmenden Exkursionen gegenüber sehr positiv eingestellt sind. Als Methode fördert das die Motivation, am Projekt teilzunehmen und das auch für andere junge Menschen attraktiv zu machen.
- Das Zusammentreffen mit Akteur_innen des politischen Feldes erfordert eine intensive pädagogische Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung. Insbesondere sollte Augenmerk auf bestehende „habitusbezogene“ Distanzen und einen produktiven Umgang mit diesen gelegt werden. Das ermöglicht es zu einem beiderseitigen Profitieren von Begegnungen zu kommen und die besonderen Kompetenzen der politischen Entscheidungsträger_innen für die Interessen der Teilnehmenden noch stärker nutzbar zu machen. Hier ist eine Verstetigung des Kontaktes und der Zusammenarbeit ratsam. Einmalige Begegnungen dürften gerade bei tiefer sitzender Distanz wenig Wirkung haben.
- Aus den Interviews mit den Politiker_innen lässt sich (1) der offenbar starke Einfluss der familialen politischen Sozialisation als auffälliges Ergebnis ableiten. Es bestätigt sich, dass die Weichen zu politischer Aktivität und Nicht-

Aktivität früh gestellt werden mit der Gefahr einer sich verselbständigenden Trennung in „Experten“ und „Laien“. Auf Seiten der Politik ist hier wichtig, möglichen Schließungen (die gar nicht intendiert sein müssen) entgegen zu wirken und systematisch Öffnungen in Form von Beteiligungsmöglichkeiten für „jugendliche Laien“ bereit zu halten, auch wenn diese möglicherweise den politischen Betrieb „stören“. Die durchgeführten Projekte können ein Beispiel dafür sein.

- Verbunden mit der familialen Sozialisation ist (2) das subjektive Gefühl der Neigung und „Berufung“ zur Mitwirkung an lokaler Politik und der Gestaltung des lokalen Nahraums. Hier gilt es zu berücksichtigen, dass dieses Selbstbewusstsein bei „jugendlichen Laien“ nicht vorausgesetzt werden kann.
- Hinzu kommt (3) bei den Politiker_innen eine hohe positive Bindung an den lokalen Raum, die auf eigener biographischer Erfahrung beruht. Das kann einerseits eine tragfähige Grundlage für das Einbeziehen und Mitwirken der Schüler_innen sein, wenn diese ähnliche Sozialisationserfahrungen in der Stadt/im Stadtteil machen. Andererseits kann man aber gerade das nicht voraussetzen, da soziale und ethnische Herkunft sowie Lebenslagen und Zukunftsperspektiven Jugendlicher heute ganz anders sein können (Beispiel Marxloh). Auch hier können Quellen für gegenseitiges „Nicht-Verstehen“ liegen, die im Rahmen der Projekte beiderseitig bearbeitet werden können.
- Dabei muss aber auch in Betracht gezogen werden, dass unterschiedliche Sozialisationserfahrungen zu Distanzen beitragen können, die eine kontinuierliche Bearbeitung notwendig machen. Auf allen Seiten scheint dafür eine hohe Bereitschaft vorhanden zu sein, auf die im Kontext der politischen Bildung verstärkt zurückgegriffen werden kann.